

werden, und dann kann erst danach die Wahl ausgeschrieben werden, weil es niemanden gibt der vorher eine Wahl in einem geschlossenen Wahlgebiet, das es noch gar nicht gibt, ausschreiben kann. Das bedeutet, daß, auch wenn Sie am 1.12. beitreten würden, Sie am 2.12. nicht gesamtdeutsch wählen können, sondern am 2.12. frühestens gesamtdeutsche Wahlen ausschreiben können.

Also mit anderen Worten: Da muß man sich auch mal doch ein paar juristische Gedanken machen, es hilft einfach nichts.

(Zuruf von der SPD: Aber nicht die Ihren!)

Ich gebe ja zu, daß es etwas nervend ist, aber es ist nun mal erforderlich.

Drittens weiß ich auch nicht: Warum soll eigentlich ein Parlament sich selbst in die Pflicht nehmen in dieser Form? Also hier steht drin: „die Volkskammer wird dem Beitritt gemäß so rechtzeitig beschließen, daß am ...“ Das heißt, die Volkskammer entscheidet heute, was sie irgendwann machen wird. Was sie aber irgendwann machen wird, entscheidet die Volkskammer, wenn es soweit ist und läßt sich nicht monatelang vorher schon selbst binden. Sonst könnten wir ja heute auch beschließen: Wir verpflichten uns am soundsovielten ein Gesetz zu der und der Frage zu machen. So etwas gibt es nicht. Sondern nein, natürlich wenn die Zeit herangekommen ist, trifft die Volkskammer ihre Entscheidung und bindet sich nicht selber vorher mit solchen Entschlüssen.

Was den Antrag der CDU betrifft, so ist das zunächst einmal ein völlig selbstverständlicher Appell. Also, die Regierung verhandelt sowieso mit der Bundesregierung über diese Fragen, ob wir das nun heute hier noch einmal beschließen oder nicht. Sie wird sich weder durch uns daran hindern noch durch uns gewaltig beflügeln lassen.

Zweites Problem: Was die Ausschüsse betrifft, so entscheiden sie auch, daß sie miteinander tagen. Und soviel ich weiß, diskutieren sie tapfer über diese Fragen. Und wenn man ein bißchen in die Presse hineinsieht, dann stellt man ja fest, daß es sehr viele gibt, die sich mit diesen Fragen beschäftigen. Also die Aufforderung, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, halte ich für ziemlich überflüssig, weil das sowieso schon alle tun, und zwar gefragt und ungefragt.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Und dann halte ich das auch für problematisch. Das ist kein Antrag, das ist auch kein Änderungsantrag zum Antrag der Liberalen, sondern das ist einfach eine Empfehlung. Und hier zu empfehlen, daß das Bundeswahlrecht geändert wird, halte ich auch für kompliziert aus den eingangs gesagten Dingen; denn wenn in zwei getrennten Wahlgebieten gewählt wird, dann muß das Bundeswahlrecht nicht geändert werden, sondern das kann so sein, wie es der Bundestag für sein Wahlgebiet festlegt, und bei uns wird es so sein, wie es die Volkskammer für das Wahlgebiet DDR festlegt. Also insofern entscheiden sie schon ganz allein, ob sie ihr Wahlrecht ändern oder nicht. Und ich finde es auch ein bißchen überflüssig, wenn wir dem Bundestag nun sagen, was er gefälligst wie zu ändern oder nicht zu ändern hat nach unseren Vorstellungen, auch als Empfehlung. Also ich meine, darüber sollten zwar selbstverständlich die Regierungen beraten, die Parlamente beraten, die Ausschüsse beraten, aber dazu brauchen wir nicht eine solche Empfehlung oder Entschlüsselung abzugeben.

Und gestatten Sie mir noch einen weiteren Hinweis: Wenn es nun darum geht, daß möglichst viele auch DDR-spezifische Parteien eine Chance erhalten sollen, dann verstehe ich allerdings nicht, wie heute die CDU-Fraktion hier der Sperrklausel beim Länderwahlrecht zustimmen konnte. Das muß ich schon sagen.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne, vereinzelt auch bei SPD und Liberalen)

Wir haben uns ja hier am Freitag darüber unterhalten, was alles die Regierung vorher noch zu vereinbaren hat, was von der

Regierung alles noch zu klären ist und welche Fülle von Aufgaben vor uns steht. Ich will Sie nur auf etwas hinweisen: In der Zeitung, warten Sie mal, wie heißt die? „Bild am Sonntag“ vom 22. Juli...

(Schallende Heiterkeit)

Na Moment, die ist mir zugesteckt worden.

(Erneute Heiterkeit)

(Heltzig, SPD: Das sage ich auch immer.)

Da hat sich nämlich in einem Interview Herr Teltschik geäußert. Da hat Herr Teltschik zum Beispiel gesagt, daß er natürlich davon ausgeht, daß die Reduzierung der deutschen Streitkräfte im wesentlichen so aussieht, daß erst einmal die NVA verschwindet. Wörtlich sagt er dann: „In ihr“, nämlich der gemeinsamen Bundeswehr, „haben auch nur sehr wenige heutige Mitglieder der NVA eine Chance“.

(Zurufe)

Dazu will ich ja nur eines sagen: Ich will das im Augenblick überhaupt nicht werten. Ich will nur sagen, es ist doch zum Beispiel zu klären: Was wird denn nun aus diesen Regionalstreitkräften oder der Nationalen Volksarmee? Und wenn sie dann aufgelöst werden sollte, was wird aus den Berufssoldaten, denen gegenüber ja der Staat eine Verpflichtung hat?

(Zurufe von der SPD: Zur Sache! Zum Thema!)

Das ist alles das Thema! Das müssen Sie nämlich alles vorher klären!

(Unruhe im Saal)

Sie haben ein einziges Bedürfnis, das sind Enteignungsfragen, und das ist die Frage, wie man die PDS bei der Wahl ausschließt. Das finde ich für eine SPD etwas wenig für den Einigungsprozeß.

(Beifall bei der PDS)

(Zurufe von der SPD: Das ist nicht wahr! Das ist demagogisch!)

Also zumindest ist nicht sichtbar etwas anderes herausgekommen.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Herr Gysi, würden Sie Zwischenfragen zulassen?)

Selbstverständlich lasse ich die sofort zu. Ich will nur darauf hinweisen, daß es also neben den juristischen Problemen, die meines Erachtens eine solche Entscheidung ausschließen, so ist, daß das andere ein Appell wäre, den ich, gelinde gesagt, für etwas überflüssig halte in der gegenwärtigen Phase, weil es sowieso praktiziert wird. Ich gehe davon aus, daß es nur zwei Möglichkeiten gibt: entweder sozusagen getrennte Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament oder aber einheitliche Wahlen, und dann muß vorher die Vereinigung stattfinden, dann können überhaupt erst nach dem Beitritt die Wahlen ausgeschrieben werden.

Und natürlich bin ich dafür, daß auch die DDR-spezifische Entwicklung dabei berücksichtigt wird, das heißt, daß auch Parteien und Bewegungen eine Chance haben, die nicht fusionieren. Ja, lassen Sie mich das sagen, ich halte das auch für außenpolitisch ganz wichtig, daß nicht der Eindruck entsteht, daß es sich um ein geeintes Deutschland handelt, wo von vornherein Kräfte links, zumindest links von der SPD, ausgeschlossen werden. Das wäre nämlich in der Wirkung verheerend.

(Beifall bei der PDS)

Das würde auch nicht für ein besonderes Demokratieverständnis sprechen. Und wir machen uns hier permanent Gedanken - das ist mir schon unangenehm - um Sperrklauseln und wer